

► **Nr. VO/2022/10870**
öffentlich

Lübeck, 22.02.2022

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der SPD Fraktion

Bearbeitung: *Christine Otte (E-Mail: otte@spdfraktion-luebeck.de Telefon: 122-1036)*

AM Puhle (SPD) und Hildebrand (CDU): Dringlichkeitsantrag: struktureller Notstand in der stationären Jugendhilfe

Beratungsfolge:

| Datum | Gremium | Status | Zuständigkeit |
|--------------|----------------------|---------------|----------------------|
| 03.03.2022 | Jugendhilfeausschuss | Öffentlich | zur Entscheidung |

Antrag:

Ausgehend vom Positionspapier der freien Träger und der Diskussion im Ausschuss wird der Bürgermeister beauftragt, dem Land gegenüber die nicht ausreichende Personalausstattung der Kinder- und Jugendeinrichtungsverordnung (KJVO) für stationäre Hilfen anzuzeigen und das Land zum Handeln aufzufordern.

Die neue Mindestausstattung muss dann sowohl Rahmenbedingungen des Arbeits- (insb. Arbeitszeitgesetz) und Tarifrechts entsprechen, aber auch eine adäquate Grundversorgung sicherstellen können.

Auf Grundlage der anzupassenden KJVO ist ein neuer Landes Rahmenvertrag (LRV) abzuschließen.

Begründung:

Anlagen:

Ausschussmitglied